

Delegierten-Materialien

Teil IV

für die

1. Tagung des 2. Parteitags der Partei DIE LINKE.Hamburg

im

Hamburg-Saal des Berufsförderungswerkes in Hamburg-Farmsen

(August-Krogmann-Str. 52, im Haus U auf dem bfw Gelände)

am

**Samstag, der 10. April,
Sonntag, der 11. April und
Samstag der 17. April**

Übersicht der gestellten Anträge

Nr	Titel	Antragsteller	Vorschlag / Wunsch TOP	Datum Eingang	Seite
A-24-11	Bezirksverbände solidarisch unterstützen - Mindestabgabe empfehlen	Frank Hiemer	11	14.04.2010	3
AE-25-11	Änderungsanträge zu den „Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen“ (Antrag A-5b-11, TOP 11)	AG Studierendenpolitik	11	14.04.2010	4

Stand: 15. April 2010

Titel	Bezirksverbände solidarisch unterstützen - Mindestabgabe empfehlen
Tagesordnungspunkt	11
Antragsteller	Frank Hiemer
Datum	14.04.2010

Bezirksverbände solidarisch unterstützen - Mindestabgabe empfehlen

Dem Landesparteitag Hamburg wird empfohlen, eine Mindestabgabe für Bezirksabgeordnete nach dem System 20 – 40 – 50 zu beschließen, d. h. Bezirksabgeordnete mit einfachem Bezug spenden 20% (= 73,80 €), Abgeordnete mit doppeltem Bezug 40% (= 295,20 € und Abgeordnete mit dreifachem Bezug 50% (= 553,50 €) der Aufwandsentschädigung an die Partei.

In besonderen Lebenslagen oder auch bei Abgeordneten, die durch ihre Tätigkeit Verdienstauffälle bzw. Verdiensteinbußen erfahren, sind individuelle Vereinbarungen möglich.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

Abgeordnete sind durch Aufstellung und Unterstützung der Partei in die Bezirksversammlung gelangt. Allein daraus ergibt sich die Verpflichtung, einen Teil der Aufwandsentschädigung solidarisch der Partei zur Verfügung zu stellen. Die gespendete Aufwandsentschädigung dient der politischen Arbeit im Bezirksverband. Abgeordnete können auf freiwilliger Basis im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die Mindestabgabe übertreffen.

Es wird anerkannt, dass die Arbeit in einer Bezirksversammlung - insbesondere bei kleinen Fraktionen – in hohem Maße arbeitsintensiv und zeitaufwendig ist. Die Partei erwartet, dass die Abgeordneten ihren Pflichten über die Dauer der gesamten Legislaturperiode zuverlässig und mit größtmöglichem Einsatz nachkommen.

Unabhängig von der Beschlusslage im Landesverband bleibt es den Bezirksverbänden nach § 4 der Bundesfinanzordnung vom März 2007 vorbehalten, die Höhe des Mandatsträgerbeitrages auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den Vorständen der Partei und den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern festzulegen.

Titel	Änderungsanträge zu den „Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen“ (Antrag A-5b-11, TOP 11)
Tagesordnungspunkt	11
Antragsteller	AG Studierendenpolitik
Datum	14.04.2010

Der Landesparteitag möge befassen, beraten:

Änderungsanträge zu den „Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen“ (Antrag A-5b-11, TOP 11)

1. Gleiche unter Gleichen

(Vorsatz, 2. Absatz)

„Die Fraktionen sind Teil einer Linken, die sich als aktive Mitgliederpartei versteht. Aufgrund ihrer Funktion im politischen System und ihrer Bedeutung in den politischen Auseinandersetzungen agieren sie jedoch in besonders hervorgehobener Position und sind im parlamentarischen Prozess ganz eigenen Zwängen und Gesetzmäßigkeiten unterworfen.“

ändern in:

„Die Fraktionen sind Teil einer Linken, die sich als aktive Mitgliederpartei versteht. Auch mit ihrer Funktion im politischen System agieren die GenossInnen der Fraktionen innerparteilich als Gleiche unter Gleichen und sind im parlamentarischen Prozess politische RepräsentantInnen unserer Forderungen.“

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

2. Politik

„4. [...] Zur Förderung des Meinungsaustauschs mit der interessierten Öffentlichkeit sollten die Bezirksfraktionen zusammen mit den jeweiligen Parteigliederungen regelmäßig öffentliche Veranstaltungen über die Arbeit und die politischen Auseinandersetzungen im Bezirk und in der Stadt durchführen.“

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

Politik ist nicht Vortrag über Parlamentsarbeit, sondern aufklärerische Diskussion.